

**10. September 2018**

++ Pressemitteilung ++

**Jongen: Das Gutachten des Landesdenkmalamtes zum Freiheits- und Einheitsdenkmal bestätigt die Forderung der AfD: Stoppt endlich dieses unsägliche Projekt!**

Zum dem am Wochenende bekannt gewordenen Gutachten des Landesdenkmalamtes Berlin zum Freiheits- und Einheitsdenkmal, in dem gegen den Bau des Denkmals „aus fachlicher Sicht der Denkmalpflege erhebliche grundsätzliche Bedenken“ erhoben werden, erklärte der kulturpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, Dr. Marc Jongen:

„Die Bedenken des Berliner Landesdenkmalamtes, die darauf hinauslaufen, dass das Denkmal ‚eine wackelige Schale auf schwabbeligem Grund‘ sei, unterstreichen meine im Namen der AfD-Fraktion bereits im Bundestag erhobene Forderung, dieses alberne Projekt endlich zu beerdigen. Die Gefahr zu erwartender Schäden an dem denkmalgeschützten Sockel des früheren Kaiser-Wilhelm-Denkmal sowie dem darunter liegenden Gewölbe, auf die das Landesdenkmalamt hinweist, sind Grund genug, endlich Nägel mit Köpfen zu machen und von dieser offensichtlichen Fehlentscheidung abzurücken.

Wenn das Landesdenkmal zu dem Ergebnis kommt, dass ‚die Eingriffe und der damit verbundene Verlust an Denkmalsubstanz und Denkmalqualität‘ einer ‚denkmalschutzrechtlichen Genehmigung‘ entgegenstünden, sollte das auch die hartleibigsten Propagandisten dieses missratenen Projektes zur Raison bringen. Zuletzt haben dieser Tage die Protagonisten der ‚Initiative für die Umsetzung der Bundestagsbeschlüsse zum Bau des Freiheits- und Einheitsdenkmals ‚Bürger in Bewegung‘ in Berlin‘ mit dem ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse an der Spitze in einem Brief versucht, noch einmal eine Druckkulisserie aufzubauen. Den längst überfälligen Stopp des Projekts mit projektfernen Argumenten abwenden zu wollen, ist nichts als trotziges Rechthaberei. Auch eine Verlegung des Denkmals vor das Reichstagsgebäude, wie es eine Initiative fordert, käme nur einer Verschlimmbesserung gleich.

Darum kann die Konsequenz aus dem Gutachten des Landesdenkmalamtes aufgrund der Sachargumente nur lauten: Der Bundestag muss seine Entscheidung korrigieren und den Bau dieses Denkmals stoppen! Die AfD wird hierzu einen entsprechenden Entschließungsantrag einbringen.“

Pressekontakt:

**Christian Lüth**

Pressestelle der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Pressesprecher der Alternative für Deutschland

Tel.: 030 22757225

<https://www.afd.de/bundestag>